

Monatsspiegel

Oktober 2006



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Mut zum Frieden – Nein zum Krieg

von Andres Richter

Mut zum Frieden – das war der Leitsatz, mit dem Gerhard Schröder gegen die kriegswillige CDU/CSU-FDP-Opposition die Ablehnung des Irakkriegs durch die rot-grüne Bundesregierung zum Ausdruck brachte. Eine Position, die SozialdemokratInnen – gleich welcher Strömung – einste und ein politischer Grundsatz, den es auch in Zeiten der Großen Koalition zu verteidigen gilt.

Dessen sich zu bedenken, ist sicherlich nicht falsch, wenn heute politische Entscheidungen getroffen werden. Aktuell ist hier der Einsatz der Bundeswehr im Libanon zu nennen.

Zunächst gibt es viele historische Gründe, die gegen eine Beteiligung deutscher Soldaten sprechen. Was ist, wenn es im Schlimmsten Fall dazu kommen sollte, dass Deutsche auf Israelis schießen? Eine Entwicklung, die bestimmt nicht zur Deeskalation im Nahen Osten beitragen würde. Zugegeben, es gibt

auch Gründe zu sagen, gerade weil Deutsche eine besondere Verantwortung gegenüber Israel haben, müssen wir uns an einer Mission im Nahen Osten beteiligen. Allerdings stellt sich in jedem Fall die Frage, ob ein Einsatz der Bundeswehr, so wie er geplant ist, ein Beitrag zu Frieden und Deeskalation ist oder nicht eher eine mögliche Kriegsbeteiligung darstellt?

Klar ist: Deutschland hat sich strikt neutral gegenüber den Konfliktparteien zu verhalten. Doch ist dies der Fall? Leider nein. Zu Recht werden von der Bundesregierung die Entführung zweier israelischer Soldaten und die Angriffe der Hisbollah auf Israel, auch auf die Zivilbevölkerung, verurteilt. Doch wo bleibt dies bei den israelischen Angriffen auf den Libanon? Wie amnesty international feststellte hat das israelische Militär massiv und vorsätzlich zivile Ziele angegriffen, auch mit dem Einsatz von Streubomben. Ergebnis sind über 1100 Tote, darunter ca. ein Drittel Kinder,

4054 Verletzte, 970000 Flüchtlinge, ca. ein Viertel der Bevölkerung Libanons, unzählige zerstörte Wohnhäuser und eine vernichtete Infrastruktur. Sicherlich darf man Opfer nie gegeneinander aufrechnen, aber die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Reaktion Israels stellt sich doch.

Leider brachte bis auf Entwicklungsministerin Heidi Wiecek-Zeul (SPD) kein Regierungsmitglied – auch nicht aus den anderen zuständigen Ressorts – den Mut auf, die israelischen Attacken klar als das zu bezeichnen, was sie sind: Völkerrechtswidrig.

Dass nun Merkel den Einsatz damit begründet, dass die Existenz Israels auf dem Spiel stünde, passt in diese Logik, mit der Realität hat es indes wenig zu tun. Die militärische Überlegenheit Israels gegenüber seinen Nachbarn wurde nicht zuletzt durch den Libanon-Krieg wieder einmal gezeigt. Israel be-

Fortsetzung auf Seite 3

Oktober

6	16.30		Fraktion – Haushaltsseminar	
10	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 8
11	20.00	Dritte Welt-Laden	AsF	S. 10
11	20.00	Brandenburger Adler	Erlanger Mitte	S. 10
12	19.30	Haus des Handwerks	Zukunft sichern durch Bildung	S. 6
13	17.00	Parkhaus Luise Kiesselbachstr.	AsF	S. 10
17	20.00	Angerwirt	Distrikt Anger	S. 7
17	20.00	Schützenhaus Eltersdorf	Distrikt Eltersdorf	S. 7
18	18.00	August-Bebel-Haus	AG Grundsatzprogramm	S. 9
18	18.00	August-Bebel-Haus	60Plus	S. 10
18	20.00	Zur Einkehr	Distrikt West	S. 9
19	18.30	Turnerbund	Kreisvorstand	S.
19	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	S. 4
22	11.00	Haus des Handwerks	Geburtstagsempfang Pfister	S. 11
31	20.00	AWO Gaisbühlstr.	Distrikt Frauenaurach	S. 7

November

5	20.00	Waldschänke	Distrikt Ost	S. 9
8	20.00	Dritte Welt-Laden	AsF	S. 10
9	20.00	Biergarten Röthelheim	Kreisvorstand	S.
12	12.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S.8
14	20.00		Distrikt Innenstadt	S. 8
16	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe November 2006
19. 10. 2006**

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:
 Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
 Baumschulenweg 11,
 91058 Erlangen
 Tel.:09131303090
 e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

700 Stück

sitzt als einziger Staat in dieser Region Atomwaffen, genauer gesagt, über 200 Sprengköpfe. Nicht einmal alle arabischen Länder zusammen können mit der militärischen Überlegenheit Israels mithalten.

Gleichzeitig verlangte das Bundeskabinett für die Teilnahme an der „Friedensmission“ ein sog. „robustes“ Mandat, sprich einen Kampfeinsatz. Es geht also nicht nur darum, den Waffenstillstand abzusichern, sondern nötigenfalls auch Kriegspartei zu werden.

Als Auftrag der Bundeswehr wird nur die Unterbindung des Waffenschmuggels an die Hisbollah aufgeführt, die israelische Seite spielt keine Rolle. Im Übrigen erfolgt die Waffenlieferung an die Hisbollah ohnehin eher über den Landweg. Gleichzeitig liefert die Bundesrepublik Deutschland atomwaffentaugliche U-Boote sowie gepanzerte Fahrzeuge vom Typ „Dingo“ an Israel. Als Beitrag zum Frieden kann man dies wohl kaum bezeichnen, vielmehr als Beitrag zur Hochrüstung in dieser Krisenregion.

Derart ausgestaltet kann ein Einsatz der Bundeswehr im Libanon im Sinne einer Politik des „Muts zum Frieden“ nur abgelehnt werden.

Das was jetzt vor allem notwendig ist, ist der Wiederaufbau im Libanon und auch im Gazastreifen. Dazu gehört auch die Bekämpfung der Umweltfolgen der israelischen Angriffe, die wie auch schon im Golfkrieg 1991, im Kosovo-Krieg gegen Serbien sowie im Irak-Krieg zwar nicht viel beachtet werden, aber dennoch beträchtlich sind. So ist die aus der israelischen Bombardierung eines Kraftwerks resultierende Ölpest schlimmer als viele Tankerunglücke. Nichtsdestotrotz gestattete die israelische Regierung erst am 21. August der UNEP, dem Umweltprogramm der UN, Flüge zur Überwachung des Ölteppichs durchzuführen.

Für derartige Wiederaufbaumaßnahmen sind andere Organisationen wie das THW um einiges geeigneter als die Bundeswehr und nicht zuletzt würde durch einen Verzicht auf den Marineeinsatz ein Vielfaches der bisher von deutscher Seite zugesagten Gelder für den Wiederaufbau frei.

Uno und EU müssen die sofortige Freilassung der eingesperrten Regierungsmitglieder der palästinensischen Auto-

nomiebehörde und der Abgeordneten fordern. Die EU muss unverzüglich die finanziellen Hilfen für die palästinensische Autonomiebehörde wiederaufnehmen, da diese ansonsten ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen kann und um die Bildung einer gemeinsamen Regierung aus Fatah und Hamas zu unterstützen.

Ebenso muss die EU Hamas und Hisbollah auffordern, die entführten israelischen Soldaten sofort freizulassen.

Initiativen für die Verständigung zwischen Israelis, Palästinensern und ihren Nachbarn wie das Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem verdienen unsere Unterstützung. Des Weiteren ist eine ständige Friedenskonferenz nach dem Vorbild der KSZE/OSZE unter Beteiligung aller Parteien einzurichten, insbesondere, um eine dauerhafte Lösung des Israel-Palästina-Konflikts zu erreichen.

Mut zum Frieden – dies gilt nicht nur in Israel/Palästina und im Libanon. Dieser Leitsatz muss auch für das derzeit anstehende neue Weißbuch der Bundesregierung zur Verteidigungspolitik' gelten.

Im Entwurf von Verteidigungsminister Jung (CDU) wird gefordert, sich „wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich insbesondere Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden“. Damit würde die entsprechende Formulierung des vorherigen Weißbuchs 1994 „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ noch verstärkt. Die Bundeswehr als Mittel, um deutsche Wirtschaftsinteressen durchzusetzen? Ein Rückfall in den Imperialismus.

Abrüstung spielt dagegen keine Rolle in Jungs Papier: Ganz im Gegenteil an der nuklearen Teilhabe Deutschlands soll festgehalten werden, d.h. u.a. weitere Nuklearstreitkräfte auf deutschem Boden sowie die Bereitstellung deutscher Bomber.

Und durch die Hintertür versucht der CDU-Politiker Jung nun noch einmal das einzuführen, womit die Union in den Koalitionsverhandlungen unterlegen waren: Den Bundeswehreinsatz im Inneren. „Maßnahmen der Streitkräfte

kategorisch auszuschließen, würde der staatlichen Schutzpflicht zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger unseren Landes nicht gerecht“ (S. 45) heißt es dazu im Entwurf.

Begründung hierfür wie für die Forderung nach dem weiteren Umbau der Bundeswehr zu einer globalen Interventionsarmee und der Militarisierung der EU ist hier ein nicht weiter hinterfragtes Bedrohungsszenario terroristischer Anschläge in der Folge des 11.9.01.

Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht nur als Blauhelmissionen, sondern eben gerade als Kampfeinsätze sollen so mit einem erweiterten Verteidigungsbegriff legitimiert werden, nach dem Deutschland überall auf der Welt verteidigt wird. Ein Irrsinn, der leider auch in unserer Partei vertreten wird. Wobei Jungs Entwurf sogar andeutet, dies im Grundgesetz festschreiben zu wollen (S. 43).

Im Gegensatz zu den sonst stets geforderten Einsparungen verbunden mit dem Abwürgen der Konjunktur wird für die Bundeswehr mehr gefordert. Es reicht Jung noch nicht, dass die mittelfristige Finanzplanung schon für sein Ressort im Gegensatz zu anderen, die sinnvollere Aufgaben zu bewältigen haben, bis 2009 ein Plus von ca. 1 Mrd. Euro vorgesehen ist, er will noch zusätzlich einen Ausgleich für Solderhöhungen und Inflation.

Nicht zuletzt sollen schließlich sogar Präventivschläge wie gegen den Irak ermöglicht werden: „Instrumente der Konfliktprävention und Krisenbewältigung (...) müssen weiter entwickelt

Fortsetzung auf Seite 12

In diesem Monat	
Kreismitgliederversammlung	4
Monatszahlenspiegel	5
Schwerpunktthema KMV	6
Veranstaltungshinweis	7
Aus den Distrikten	8
Aus den Arbeitsgemeinschaften	11
Geburtstage	12
Rückblick	13
Aus den Parlamenten	14
Aus dem Stadtrat	17

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Kreismitgliederversammlung
am

**Donnerstag, den 19. Oktober 2006,
20.00 Uhr,
Turnerbund, Spardorfer Str. 79**

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

- 1. Aktuelles**
- 2. Friedens- und Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen**
- 3. Anträge**
- 4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften**
- 5. Verschiedenes**

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

MonatsZählenspiegel

des Wirtschaftspolitischen Arbeitskreises

Chancengleichheit in der Einwanderungsgesellschaft?

- Viele Millionen Menschen sind in den vergangenen 40 Jahren nach Deutschland gekommen. Rund 7,3 Millionen Menschen mit ausländischem Pass leben heute in Deutschland - und das im Durchschnitt schon seit 16,8 Jahren.
- Über ein Drittel der Menschen lebt seit 20 Jahren und mehr bei uns, zwei Drittel sind seit mindestens 8 Jahren in Deutschland und haben damit eigentlich die nötige Aufenthaltsdauer für eine Einbürgerung erreicht.
- Heute haben bereits 10 % der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund, in der Altersgruppe bis 25 Jahre sogar jeder Dritte. Hinzukommen rund 1,8 Millionen nicht eingebürgerte Spätaussiedler, die nach dem 1. August 1999 nach Deutschland zugewandert sind.
- Von den Kindern und Jugendlichen im bildungsrelevanten Alter (bis 25 Jahre) weisen mehr als ein Viertel (27%) einen Migrationshintergrund auf. Gut ein Drittel davon zählt zur ersten Zuwanderungsgeneration und ist somit Quereinsteiger ins deutsche Bildungssystem

Einwanderer sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen.

- Ihre Arbeitslosenquote (25,5 %) ist mehr als doppelt so hoch, wie die der Gesamtbevölkerung (11,7 %) - Tendenz weiter steigend.
- Das Armutsrisiko für Einwanderer erhöhte sich auf fast 25 % und liegt damit ebenfalls weit über dem Risiko der Gesamtbevölkerung (13,5 %).
- Bezeichnend ist die Tatsache, dass rund 20% der minderjährigen Sozialhilfeempfänger ausländische Kinder sind.

Einwanderer haben die schlechteren Bildungschancen.

- Bereits die erste PISA-Studie (2000) hat darauf hingewiesen, dass in keinem anderen europäischen Land der Bildungserfolg so sehr von der sozialen und ethnischen Herkunft abhängt wie in Deutschland.
- So ergibt sich für Einwandererkinder eine andere Verteilung auf die verschiedenen Schulformen als für Kinder ohne Migrationshintergrund: 40,8 % der ausländischen Kinder gehen auf die Hauptschule (Deutsche 16,3 %).
- Auf die Realschule gehen noch 17,4 % der ausländischen Schüler (Deutsche 21,1 %).
- Und lediglich 18,9 % der ausländischen Schüler besuchen das Gymnasium (Deutsche 38,7%).
- Hinzu kommt, dass 18,1 % aller ausländischen Jugendlichen gar keinen Schulabschluss machen (Deutsche 7,4 %).

Ausländische Jugendliche haben schlechtere Chancen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt.

- Die Beteiligung von Jugendlichen mit ausländischem Pass an beruflicher Ausbildung ist seit Mitte der 90er Jahre stark rückläufig.
- Lag die Ausbildungsquote im Jahr 1994 noch bei 44 % (Deutsche 67 %) so sank sie auf bedenkliche 25 % im Jahr 2004 (Deutsche 61%).
- Damit sank der Anteil der ausländischen Jugendlichen an der Gesamtheit der Auszubildenden im dualen System von 9,4% auf 5,6 %.
- Es zeigt sich immer mehr, dass jugendliche Migranten die Leid tragenden eines Verdrängungswettbewerbs auf dem Ausbildungsmarkt sind.

(Daten aus „Leitlinien zur Integration“, Beschluss des SPD-PV Juli 2006)

Nein zur Beteiligung deutscher Soldaten im Nahost-Konflikt

Zur Entsendung deutscher Soldaten in den nahen Osten erklärt Jens Röver, stellvertretender Juso-Landesvorsitzender in Bayern und zugleich Mitglied der internationalen Kommission des Juso-Bundesverbandes: Die Jusos Bayern lehnen eine Beteiligung der deutschen Bundeswehr durch die Marine deutlich ab.

Schon allein aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands darf es keinen Militäreinsatz der Bundeswehr in dieser Region geben. Bei einer Beteiligung Deutschlands besteht immer das Risiko, dass deutsche

Soldaten auf Israelis schießen. Dies darf nie geschehen.

Es muss weiterhin Grundprinzip deutscher Außenpolitik sein, im Nahen Osten als Vermittler und Gesprächspartner aufzutreten. Die Beteiligung deutscher Soldaten gefährdet diese Vermittlerrolle Deutschlands.

Wir Jusos treten ein für zivile Konfliktbearbeitung und zivile Konfliktlösungen. Militär kann niemals Frieden schaffen. Deshalb sind wir sicher, dass es in erster Linie erforderlich ist, regionale Friedens- und Sicherheitsstrukturen zu schaffen, die eine Lösung der Konflikte durch Dialog und

multilaterale Verhandlungen ermöglichen.

Ein Beispiel für eine solche Struktur ist das Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem. Seit 10 Jahren sind die Jusos in der Region mit dem Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem aktiv. Ziel dieses Projektes ist es einen Diskussionsraum für die verschiedenen Konfliktparteien zu schaffen, den Gesprächsprozess zwischen der jungen Generation nicht abreißen zu lassen und gewaltfrei zu friedlichen Lösungen zu kommen. Statt Soldaten zu schicken, sollte die Bundesregierung besser solche Projekte unterstützen.

Aus den Leitsätzen zum neuen Grundsatzprogramm

Die Ziele der Sozialen Demokratie.

Eine friedliche Weltordnung.

- **Die Hoffnungen auf eine friedliche Weltordnung nach dem Ende des Kalten Kriegs sind bislang unerfüllt geblieben.**
- **Neue Bedrohungen sind entstanden, z. B. durch Privatisierung der Gewalt.**
- **Neue Risiken sind hinzugekommen**
- **Nationale Interessen können nur im Einklang mit unseren europäischen und globalen Partnern verfolgt werden.**
- **Die Vereinten Nationen sind das wichtigste Instrument der Völkergemeinschaft zur Schaffung von Frieden und Stabilität weltweit.**
- **Wir brauchen eine globale Sicherheitsarchitektur, die auf den Grundsätzen des Multilateralismus und der Krisenprävention mit friedlichen Mitteln basiert.**
- **Wir setzen auf einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der politische, ökonomische, soziale, ökologische, entwicklungspolitische und diplomatische Strategien einbezieht.**
- **Wir halten an der Unteilbarkeit der Menschenrechte fest. Wir setzen nicht auf das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts.**
- **Nur ein Europa, das außenpolitisch geeint ist, kann einen wirksamen Beitrag zu Frieden und Stabilität, zur Einhaltung und Durchsetzung des internationalen Rechts und der Menschenrechte leisten.**

ZUKUNFT *sichern durch* AUSBILDUNG

Prof. Jutta Allmendinger

**Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung (IAB), Nürnberg**

Renate Schmidt, MdB

Bundesministerin a.D.

Donnerstag, 12. Oktober 19.30 Uhr

Haus des Handwerks

Friedrich-List-Str. 1


Diese Veranstaltung ist der Auftakt unserer Dialog und Kompetenzphase, d.h. der Phase in der die SPD innerparteilich und mit entsprechenden gesellschaftlichen Gruppen und Personen ihre kommunalpolitische Programmatik diskutiert.

Folgende Themen und Termine stehen fest.

15.Nov.	- Umwelt, Wasser
21.Nov.	- Schule, Jugend
16.Jan.	- AsF
24.Jan.	- Stadtplanung, Wohnen
30.Jan.	- Sport
6.Febr.	- Juso
28.Febr.	- Soziales
14.März	- Verkehr, Fahrrad

„Ich habe ein kostenloses Girokonto,
aber wo ist ein Geldautomat?“

Wechseln Sie:

 direktgiro – Null-Kosten*

plus Geldautomat ganz in Ihrer Nähe.

 Sparkasse
Erlangen

* bei einem durchschnittlichen Guthaben ab 1.000 € im Quartal. Sie erledigen Ihre Bankgeschäfte ausschließlich beleglos über direktbanking und/oder SB-Terminal. Gut für Sie: kostenloser Kontowechsel. Mehr bei unseren Beratern oder unter www.sparkasse-erlangen.de



Vorsitzender:

Christofer Zwanzig Tel.: 4003764

eMail: Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
am

**Samstag, den 7. Oktober
2006**

findet von 10-12 Uhr wieder unser
Infostand an der Bushaltestelle am
Anger mit Büchersammlung für die
Pestalozzischule statt. Bitte gebt uns
Bescheid, wann wir mit Euch rechnen
können.

Anger

Wir laden Euch außerdem herzlich zu
unserer nächsten Sitzung

**am Dienstag, den 17.
Oktober 2006
um 20.00 Uhr
im Angerwirt
(Guhmannstr. 10).**

ein.

Vorschlag für die Tagesordnung

1. **Protokoll**
2. **Berichte**
3. **Grundsatzprogramm – Thema
Generationengerechtigkeit***
4. **Sonstiges**

*Bitte bringt verschiedene Materialien
(z.B. der Gewerkschaften) zu dem The-
ma mit.

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches
Erscheinen.

Mit solidarischen Grüßen für den Vor-
stand

Christofer Zwanzig Sandra Radue



Vorsitzender:

Thomas Hain

Frauenaurach

Einladung zur nächsten Mitgliederver-
sammlung des Distrikts Frauenaurach
am

**Dienstag, den 31. Oktober
um 20:00 Uhr im AWO-
Raum, Gaisbühlstr. 4**

Tagesordnung:

1. **Aktuelles**
2. **Bericht von der gemeinsamen
Ortsbeiratssitzung**

3. **Kommunalwahl 2008**
4. **Haushalt 2007**
5. **Verschiedenes**

Für den Vorstand Gabi Dorn-Dohm-
streich



Vorsitzender:

Manfred Jelden Tel: 601333

Eltersdorf

Einladung zur nächsten Mitgliederver-
sammlung des Distrikts Eltersdorf am

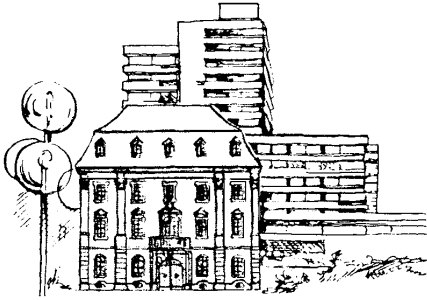
**Dienstag, den 17. Oktober
um 20:00 Uhr im Schüt-
zenhaus Eltersdorf**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Innenstadt



Vorsitzende:

Barbara Pfister

e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
für unsere Oktober-Sitzung wollen wir eine gemeinsame Veranstaltung mit den JUSOS zum Thema „**Jugend in der Innenstadt**“ organisieren, die u.a. aufgrund der Sommerpause noch nicht feststeht und am

24. oder 17.10. 2006

(möglicherweise auch am 10.) geplant ist. Wir bitten euch also, euch auf der Internetseite der Erlanger SPD bzw. über die Tagespresse zu informieren.

Wenn ihr per Mail oder telefonisch eingeladen werden möchtet, meldet euch bitte bei mir.

Bitte merkt euch schon den Termin für November vor: Dienstag, 14.11., 20 Uhr.

Für den Vorstand

Barbara Pfister

Tennenlohe



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924

e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktversammlung

**am Dienstag, 10.10.06,
Schlossgaststätte,
20.00 Uhr**

Tagesordnung:

1. Aktuelles

2. Berichte

3. Vorüberlegungen zum Wahlkampfprogramm:

- **Anzustrebende Ziele für Tennenlohe**

- **Rückblick über Erreichtes**

4. Verschiedenes

Herzliche Einladung an alle Genossinnen und Genossen, sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten zum Gansessen

**Sonntag, 12.11., 12.00
Uhr: Schlossgaststätte,
Schlossgasse 7
bei Fritz Klein,**

Bitte kurze Information per mail oder Telefon

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktversammlungen vom 12.9.06

1. Aus dem Vorort

Alfred Opitz rügt unsinniges Parkverbotsschild im Schleifweg und wird sich um Hintergrundinformation kümmern. [Inzwischen liegt eine befriedigende Antwort der Stadt vor.]

Einige von uns werden am 5.10. an der von der CSU veranstalteten Diskussion über eine Kombiklasse an der Grundschule teilnehmen.

Die Bürgerversammlung wurde auf das nächste Frühjahr verschoben.

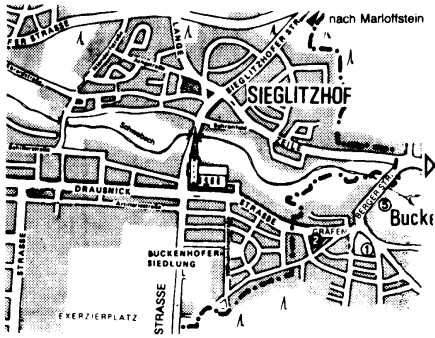
Hannes Allabauer berichtet über seine Tätigkeit als ehrenamtliches Mitglied der Sicherheitswacht.

2. Sonstiges

Bei schönstem Wetter konnten unsere Jubilare Adolf Most und Hans Hauer am 9.9. im Heißluftballon von Tennenlohe über Hüttendorf bis südlich von Herzogenaurach fahren. Bilder wird's beim nächsten Treffen geben.

Ludger Hindelang hat Bilder von der Aufstellung des Kerwabaums als Diashow zur Verfügung gestellt. Sie sollen auch bei der nächsten Distriktversammlung gezeigt werden. [Besonderen Dank an Ludger Hindelang!]

C. Schnapper



Ost

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktversammlung

**am Donnerstag, den
5.11.2006, 20.00 Uhr
in der Waldschänke
Lange Zeile 104**

Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531

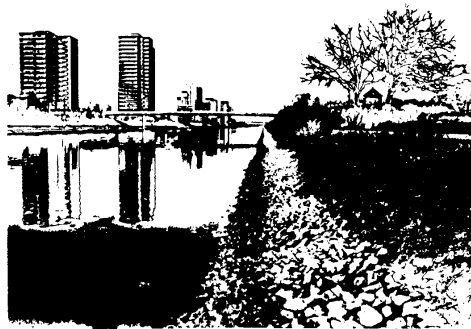
e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de

stellvertretende Vorsitzende:

Monika Wendler Tel.: 401737

e-mail: moni.wendler@gmx.de

Jochen Kraft



West

Liebe Genossinnen und Genossen,
zur Distriktversammlung im Oktober
möchten wir Euch herzlich einladen.
Wir treffen uns am

**Mittwoch, den 18. Oktober
um 20.00 im Gasthof
„Zur Einkehr“ (Güthlein)**

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1. Berichte aus Stadtratsfraktion,
Kreisvorstand und Ortsbeirat**
- 2. Zum aktuellen Stand der
Diskussion um ein Hallenbad im
Stadtwesten**

**3. Kommunalen Haushalt 2007
aus der Sicht des Stadtwestens**

**4. Vorüberlegungen zum
Kommunalwahlkampf 2007 / 2008:
Themenschwerpunkte, Aktivitäten,
Personalien usw.**

5. Verschiedenes

Ein Protokoll der Septemberversammlung liegt noch nicht vor, da der Versammlungstermin nach dem Redaktionsschlussstermin liegt.

Wir hoffen auf Euren Besuch!

Für den Vorstand

Gerd Peters

Vorsitzender:

Gerd Peters Tel.: 44366

e-mail: gerd@peters.franken.de

Arbeitsgruppe zur Diskussion eines neuen Grundsatzprogramms

**Mittwoch, 18. Oktober
18.00 Uhr August-Bebel-
Haus**

Liebe Genossinnen und Genossen,
im Oktober wollen wir uns erneut kritisch mit den Leitsätzen des Parteivorstandes auseinandersetzen. Zum an-

deren werden wir nochmals das Kapitel „Frieden in gemeinsamer Sicherheit“ aus dem Berliner Programm und die eventuell notwendigen Aktualisierungen diskutieren.

Für den Arbeitskreis

Dieter Rosner

1 € für San Carlos



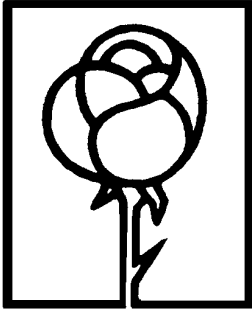
San Carlos



Erlangen

Städtepartnerschaft seit 1990

Erlanger Agenda 21



ASF

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114
 Birgit Hartwig Tel.: 55939
 Hildegard Gröger Tel.: 502415
 Julie Mildenberger Tel.: 23435

Einladung zur nächsten AsF-Sitzung

wie bereits vor der letzten Kommunalwahl, bereitet die AsF die Programmdiskussion des Kreisverbands mit Hilfe von Expertinnen zu verschiedenen Themen vor, die die frauen- und gleichstellungspolitische Perspektive

auf die Entwicklung unserer Stadt vertreten.

Neben einer öffentlichen Veranstaltung im Rahmen der Dialog-Reihe der Partei, die für den 16. Januar geplant ist, wollen wir auf unseren nächsten beiden Sitzungen mit den Expertinnen diskutieren:

**Am Mittwoch, 11. Oktober,
 20 Uhr und
 am Mittwoch, 8. November,
 20 Uhr.**

Beide Veranstaltungen finden im Raum im Erdgeschoss rechts neben dem Dritte-Welt-Laden am Neustädter Kirchenplatz statt.

Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnehmerinnen und interessante Gespräche!

Für nähere Informationen:

Barbara Pfister

Stadtrundgang im Röthelheimbad

Alle, die lange nicht in der Gegend waren werden staunen, wie sich das Gebiet entwickelt hat. Frau Cremer vom Stadtplanungsamt wird den Rundgang fachfrauisch begleiten.

Der Rundgang findet statt

**am Freitag, den 13. Oktober
 um 17:00 Uhr**

Treffpunkt: Parkhaus Hartmannstr. / Luise Kiesselbachstr.

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich



Vorsitzende:

Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen!

Unser Treffen im Oktober findet wiederum im

**August- Bebel- Haus statt,
 am 18.10. um 17h**

Wir wollen dann die Ergebnisse unserer Veranstaltung in Dreycedern besprechen:

- **Selbstbestimmung vor Fremdbestimmung**
- **Vollmachten - Patientenbetreuung -**
- **Patientenverfügung**

wir dann auch über weitere Planungen für den Rest des Jahres sowie 2007 diskutieren.

Bis dahin! Eure Brigitte

Dieses Fachgespräch findet, wie Ihr wißt, am **4.10. 17Uhr in Dreycedern** statt. Ich wünsche mir, dass Ihr sehr zahlreich zu dieser wichtigen Thematik erscheinen werdet. Es vergeht ja kaum ein Tag, dass wir nicht in der Zeitung über solche schwierigen Entscheidungen lesen. Am 18.10. können

SPD-Erlanger Mitte lädt ein zum Gespräch.

Am Mittwoch, den

11. Oktober 2006, 20.00 Uhr,

im Nebenzimmer des

Brandenburger Adler in der Essenbacher Str. 13

Ursula Lanig

Jochen Kraft

Wir gratulieren zum Geburtstag:

Oktober 2006



Wir möchten allen, die im Oktober ihren Geburtstag feien, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

01.10.	Siegfried F Pilawa 71 Jahre	16.10.	Georg Fellner 93 Jahre
05.10.	Herbert Ritzer 71 Jahre	16.10.	Anni Sammetinger 82 Jahre
08.10.	Fritz Spath 79 Jahre	18.10.	Günther Krahl 60 Jahre
14.10.	Helmut Pfister 70 Jahre	25.10.	Günter Lüling 78 Jahre
15.10.	Karin Saha 60 Jahre	26.10.	Hans Hauer 50 Jahre
16.10.	Winfried Eibl 75 Jahre	28.10.	Charlotte Schwarz 90 Jahre
		31.10.	Remzi Güneysu 50 Jahre

Herzlichen Glückwunsch, Helmut

Am 14. Okt. 2006 feiert unser Genosse, der langjährige Kreisvorsitzende und Erlanger Stadtrat, der stellvertretende Beiratsvorsitzende der Erlanger Agenda 21 **Dr. Helmut Pfister**, Träger der Georg von Vollmar Medaille seinen 70. Geburtstag.

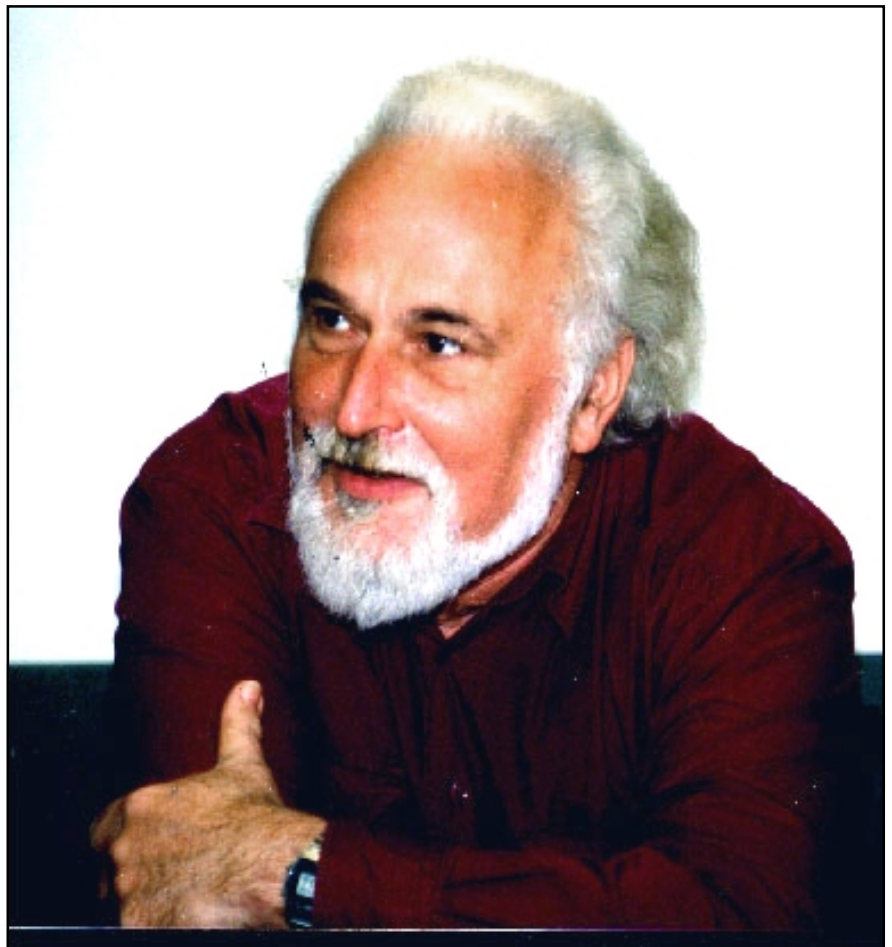
Aus diesem Anlass gibt der SPD- Kreisvorstand Erlangen am

**Sonntag, den 22. Okt.
2006 um 10 Uhr 30 im
Haus des Handwerks,
Friedrich-List-Str. einen
Geburtstagsempfang.**

Hierzu laden wir alle Genossinnen und Genossen, Freunde, Wegbegleiter und Bekannte, natürlich die ganze Familie ganz herzlich ein.

Robert Thaler Ursula Lanig
Dieter Rosner

Der Monatsspiegel wird in der Novemberausgabe von diesem Empfang ausführlich berichten.



Am 18. September haben wir im Rathaus den 65. Geburtstag von Harald Krebs gefeiert.



Fraktions- und Parteimitglieder, der Oberbürgermeister, die Fraktionen der FDP und der Grünen Liste, der BLSV und der Präsident des Turnerbunds würdigten die Arbeit und Engagement, besonders im Schul- und im Sportbereich, von Harald Krebs.

Wir wünschen ihm und seiner Familie für die Zukunft alles Gute



„Bayerischer Bildungsegoismus“

Renate Schmidt: „Wir brauchen eine Wende in der bayerischen Bildungspolitik“ / Bayern profitiert von guter Hochschulbildung anderer Bundesländer

„Es ist unhaltbar, dass Bayern die niedrigste Abiturientenquote hat und damit einer der Hauptverursacher des Akademikermangels in Deutschland ist aber gleichzeitig noch vom Wegzug von Studenten profitiert“, so Renate Schmidt. Die Bildungspolitische Sprecherin der Bayerischen SPD-Landesgruppe fordert die bayerische Staatsregierung auf, die nötigen Konsequenzen aus dem aktuellen Bildungsbericht der OECD zu ziehen. „Wir müssen in Bayern die Abiturientenquote und damit die Akademikerquote deutlich steigern. Statt Elitenausbildung müssen Menschen aller Einkommenschichten Zugang zu Bildung erhalten.“

Es werde im Bildungsbericht der OECD deutlich, dass Bayern Spitzenkräfte auf Kosten anderer Bundesländer ins Land holt und die Kosten ihrer Ausbil-

dung auf andere Länder abwälzt. „Wie auch schon das Institut der deutschen Wirtschaft (IWD) gezeigt hat, profitiert Bayern in doppelter Form: Einmal durch die gute Hochschulausbildung in anderen Bundesländern und zweitens durch den finanziellen Vorteil den sie durch den Wegzug von Studenten haben“, so Renate Schmidt. Die Studie beweise, dass die Elitenbildung in Bayern hauptsächlich auf Kosten anderer Bundesländer ausgetragen werde. „Das ist reinster Bildungsegoismus“, so Schmidt.

Um den - von der OECD befürchteten - Mangel an Spitzkräften zu verhindern, müsse die bayerische Staatsregierung mehr Geld für die Universitäten bereitstellen, so Schmidt. Die geplante Einführung von Studiengebühren wird den Mangel an Akademikern jedoch noch zusätzlich erhöhen.

Während viele Studenten, deren Eltern in Bayern leben, in anderen Bundesländern studieren, bleiben sie mit ihrem Erstwohnsitz in Bayern wohnhaft und melden nur ihren Zweitwohnsitz im Studienort an. Dies führe zu erheblichen finanziellen Verwerfungen, so der Bericht des IWD Köln. Das Bundesland, in dem der Student seinen Erstwohnsitz hat, profitiert dadurch ohne, dass es die Kosten für die Hochschulbildung des Studenten bezahlen muss. Das andere Bundesland bleibt auf diesen Kosten sitzen. Bayern hat durch diese Tatsache jährlich rund 8 Millionen Euro mehr zur Verfügung als ihnen eigentlich nach der tatsächlichen Studentenzahl zustehen würden. Im Vergleich dazu, fehlen dem Stadtstaat Berlin 46 Millionen Euro jährlich.



Keiner darf verloren gehen

Aktionsplan der SPD Landtagsfraktion: Individueller fördern - aber wie?

Fehlende individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen ist mit die Hauptursache der aktuellen „Bildungskrise“. Der Lernprozess in unseren Schulen ist nicht individuell an den Entwicklungsstand der Schüler oder Schülerin gekoppelt. Stattdessen wird nach einem Einheitskonzept unterrichtet. Wer nicht der Norm entspricht, den stigmatisiert das System

zum „schlechten“ Schüler. Hinzu kommt, dass das selektive System die Schule aus der Verantwortung entlässt sich um schwierige und abweichende Schüler besonders zu kümmern.

Wir suchen die Schuld nicht bei den Jugendlichen, sondern in der Art, wie Schule gemacht wird.

Unser Aktionsplan für mehr individuelle Förderung

1. Elementare Bildung ausbauen

Tageseinrichtungen für Kinder unter sechs Jahren sind die erste Stufe im Bildungsverlauf. Diese Stufe im Ele-

mentarbereich muss an Bedeutung gewinnen. Eine höhere Gewichtung des Bildungsauftrages von Kindertageseinrichtungen allein greift zu kurz. Erforderlich ist die Anerkennung der Elementarbildung als öffentliche Pflichtaufgabe. Der Kindergarten muss dem Kultusministerium zugeordnet werden.

Viele Gründe sprechen dafür, dass Gebühren für Kindertageseinrichtungen ungleiche Bildungschancen erzeugen bzw. verstärken. Die kostenfreie ganztägige Kindertageseinrichtung, ab dem ersten Lebensjahr ist deshalb wichtig für mehr Chancengerechtigkeit.

Erster Schritt ist die Kostenfreistellung des letzten Kindergartenjahres.

2. Grundschule als Basisschule stärken

Die Grundschule muss ihrem Anspruch als Basisschule besser gerecht werden können. Dazu braucht sie beste Lernvoraussetzungen und eine Befreiung von der frühen Auslesepraxis. Die Integration von Kindern mit Behinderung in die Basisschule ist normal.

Die Grundschule hat in den ersten Jahren vor allem den Auftrag Lern- und Leistungsunterschiede der aufgenommenen Kinder auszugleichen. Deshalb gibt es eine

neue Schuleingangsphase

Die Klassenstufen 1 und 2 werden als Eingangsstufe geführt. Diese soll eine variable Verweildauer von ein bis drei Jahren in den Klassen 1 und 2 ermöglichen und damit entwicklungsverzögerten Kindern, wie auch entwicklungsstarken Kindern individueller gerecht werden.

Jede Eingangsstufe (Klassenstufe 1 und 2) wird von 3 LehrerInnen und 1 SozialpädagogenIn (zuständig für 2 Klassen) unterrichtet und betreut. Die Verweildauer richtet sich nach dem individuellen Lernzeitbedarf (bis zu 3 Jahre) des einzelnen Kindes.

Modell 6 jährige Grundschule

Die folgenden Schuljahre in der Basisschule dienen der weiteren Ausbildung von Basiskompetenzen und Basiswissen. Erst ab Klassenstufe 7 erfolgt eine äußere Differenzierung.

Grundschule als Ganztagschule

Das pädagogische Konzept der Ganztagschule hat sich bewährt. Sie gibt mehr Zeit zum Lernen, mehr Freiraum zur Planung des Unterrichts, kann das Schulklima verändern und beeinflusst die Lernkultur.

3. Lern- und Lehrkultur verbessern. Wie sollen Kinder lernen?

Eine wichtige Bildungsreform ist, die Schule vom Klima zu verändern und die Lernmotivation zu fördern.

Individualisierung von Lernprozessen

Jeder Schüler hört, sieht, spricht, lernt anders. Kinder kommen mit ganz unterschiedlichen Lernvoraussetzungen zur Schule. Deshalb gilt das Prinzip: Ob Mädchen oder Jungen, ob aus deutschen- oder Zuwanderungsfamilien, ob bildungsnah oder bildungsfern, ob aus Stadt oder Land, alle sollen auf Basis ihrer Fähigkeiten auf ein möglichst hohes Bildungsniveau gebracht werden.

Besonderes Prinzip des Lernens ist der gemeinsame Unterricht im Klassenverband, in jahrgangsgemischten oder klassenübergreifenden Lerngruppen. Auch damit soll die individuelle Lernentwicklung des Kindes in den Vordergrund gestellt werden.

Unteres Leistungsniveau wird ständig angehoben, Stärken werden weiter unterstützt. Mit Hilfe von Schülerportfolios wird die individuelle Lernentwicklung beurteilt und dokumentiert. Noten werden erst ab der 7. Jahrgangsstufe eingeführt.

Das Sitzenbleiben wird abgeschafft (nur noch bei eigenem Wunsch) stattdessen müssen Schulen personell in die Lage versetzt werden, dass sie Förderangebote in kleinen Lerngruppen, Binnendifferenzierung und wenn es sein muss auch Einzelförderung passgenau zur Verfügung stellen können.

Sprachenvielfalt ist eine Bereicherung, kein Defizit.

Eine gezielte Sprachförderung in der Zweitsprache Deutsch (bei nichtdeutscher Herkunft) für das einzelne Kind ist ab dem dritten Lebensjahr verpflichtend in den Kindertagesstätten und in den Schulen anzubieten. Die besondere Bedeutung der Muttersprache für die Lesekompetenz (PISA Ergebnis) ist besonders zu berücksichtigen und muss in der Stundenangebot berücksichtigt werden.

Interkulturelle Bildungsangebote sollten für alle Schülerinnen und Schüler ausgebaut werden, z.B. stärkere Förderung eines Auslandsaustauschs um die Sprechfähigkeit in der Fremdsprache zu verbessern.

Neue Lernkultur bedingt eine neue Lehrkultur

Ein neues Verständnis von Lernen setzt ein neues Verständnis von Lehren voraus. Für neue Unterrichtsformen, Fächeraufteilung und die Organisation des Unterrichts, bedarf es in allen Schulen eine intensive Schulentwicklung und neue Freiheiten. Deswegen Kerncurriculum statt Stundenplan, Stundenpools statt Stundentafel, Lehrerteams statt Klassenlehrerprinzip, Rahmenbedingungen statt Verordnungen.

Die Bereitstellung von rechtlichen, personellen, zeitlichen, strukturellen und finanziellen Ressourcen für diese Schulentwicklung von unten, ist unabdingbar, sonst läuft der Motor „Schule“ heiß. Dazu brauchen Schulen eine eigenverantwortliche Bewirtschaftung von Sach- und Personalkosten.

Damit Verantwortung für die Bildung ganzheitlich wahrgenommen werden kann sind innere und äußere (Schul)

Angelegenheiten enger zusammenzuführen. Bildungseinrichtungen müssen nicht nur offen sein für Innovationen, sie müssen sie voranbringen.

4. Die späteren Lernwege optimieren.

Brachliegende Ressourcen in der beruflichen Bildung ausschöpfen

Die Berufsschule ist nur berechtigt den mittleren Bildungsabschluss zu verleihen, obwohl sich ihre Schülerschaft überwiegend aus Realschülern zusammensetzt. Lernziel differenzierter Fachhochschulreife-Unterricht in der Berufsschule soll den Zugang zur Fachhochschule ermöglichen.

Die Fachhochschule und die Betriebe haben fachliche Ressourcen, die sie in eine Berufsausbildung gut einbringen könnten, nur wenige Fachhochschulen bieten „duale Studiengänge“ an, weil Sie die Akquirierung von Betrieben für eine gleichzeitige duale Berufsausbildung nicht nebenher leisten können.

In fast allen Bundesländern, nur nicht in Bayern (Ausnahme Meisterqualifikation), gibt es den Zugang für beruflich Qualifizierte an die Hochschule. Die Zulassungsvoraussetzungen für „beruflich Qualifizierte“ (10 Jahre Berufserfahrung) zum fachgebundenen Hochschulstudium müssen endlich auch in Bayern eingeführt werden.

Die berufliche und allgemeine Weiterqualifizierung von Erwachsenen ist aktiv zu unterstützen. Wer sich zur Weiterbildung meldet, hat Anspruch darauf ein entsprechendes Angebot, unabhängig von formalen Anspruchsvoraussetzungen wahrzunehmen. Stattdessen nehmen regionale Bildungsagenturen die individuelle Kompetenzeinschätzung des Teilnehmers vor – individuelle Bildungspläne legen fest, welche Fächer der Teilnehmer belegen, welche Qualifikation er erwerben muss um sein Weiterbildungsziel zu erreichen. Die Grundausbildung ist für die Teilnehmer gratis – mittlere und höhere Stufen der Aus-

bildung müssen vom Teilnehmer mitfinanziert werden. (vgl. Dänemark: nicht teurer als eine Badminton – Stunde)

Berufsschulen sind als Bildungszentren für Aus- und Weiterbildung in die regionale Weiterbildungsstruktur einzubinden.

5. Regionale Bildungsdisparitäten überwinden

Forschungsauftrag zur Implementierung einer regional orientierten Bildungsplanung, die eine Angleichung, bzw. Überwindung von Bildungsdisparitäten zwischen den Regionen erreichen soll.

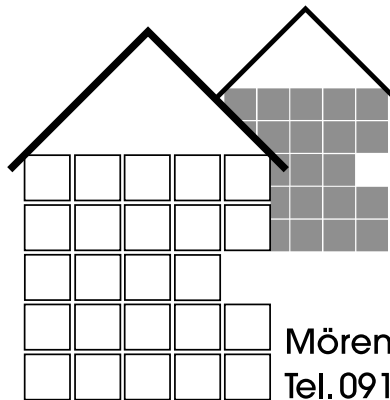
Mut zum Frieden - Nein zum Krieg

Fortsetzung von Seite 3

werden, das Recht auf Selbstverteidigung präzisiert und präventives Eingreifen auf völkerrechtlich gesicherten Grundlagen geregelt werden“ (S. 12).

Bei den Grundsätzen der Außenpolitik wie bei den konkreten Entscheidungen darf es nur Eines geben: Mut zum Frieden – Nein zum Krieg. Und damit auch Nein zum Einsatz der Bundeswehr im Libanon in dieser Form und zum vorgelegten Weißbuch-Entwurf.

1 Im Internet zu finden unter:



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)



SPD - Rathauselegramm

SPD forciert Wassersparen in Erlangen

Wasser - Der nachhaltige Umgang mit unserer elementaren Lebensgrundlage ist für die SPD-Fraktion eine der großen Herausforderungen – weltweit und vor Ort in Erlangen.

Daher stellte die SPD-Stadtratsfraktion einen Antrag mit folgenden Zielen:

1. Im Rahmen der Umweltpädagogik und der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt soll ein Schwerpunkt „Wasserberatung“ auch unter Einbeziehung der Schulen etabliert werden.

2. Die Erlanger Stadtwerke als Wasserversorgungsunternehmen in kommunaler Hand und die GEWOBAU als städtisches Wohnungsunternehmen informieren in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt über Einsparmöglichkeiten beim Wasserverbrauch. Dabei soll auch die Einführung von Anreizsystemen (Gewinnspiele, etc.) geprüft werden. Die Stadt bemüht sich auch um eine Beteiligung der privaten Erlanger Wohnungsunternehmen.

3. Dem Energiebericht ist zu entnehmen, dass der flächenbereinigte Wasserverbrauch in den Gebäuden der Stadt Erlangen im letzten Jahr gestiegen ist. Dies kostet die Stadt 140.000 Euro zusätzlich pro Jahr. Die unter Punkt 1 genannten Maßnahmen sind daher auch auf die Verwaltung auszudehnen. Dabei soll eine Ausweitung der „50-50-Projekte“ geprüft werden.



Energieeinsparoffensive



Die Preise für Öl und damit auch für Erdgas sind in den letzten zwei Jahren deutlich gestiegen und werden auch in Zukunft weiter ansteigen. Gegen diese Preiserhöhungen können die Verbraucher sich auf Grund der Struktur des Marktes nicht wehren. Die Stadt Erlangen kann diese Preiserhöhungen nicht aufhalten, wohl kann sie aber deren Folgen für die Bürgerinnen und Bürger lindern und dabei Verantwortung für die zukünftigen Generationen übernehmen. Die energetische Sanierung des Wohn- und Bürogebäudebestands in Erlangen ist vor diesem Hintergrund dringender denn je. Mit dem Förderprogramm des Umweltamts für Private Sanierungsmaßnahmen, der EDE bei den ESTW und den Maßnahmen der GeWoBau ist bei der Stadt Erlangen die nötige Kompetenz bereits vorhanden.

Die SPD-Stadtratsfraktion will diese Kompetenzen nutzen und beantragte daher ein Förderprogramm für die energetische Sanierung von Wohngebäuden, das von der Stadt und den ESTW gemeinsam aufgelegt werden soll.

Stärkung der Schulsozialarbeit an der Ernst-Penzoldt-Schule



Die Schulleitung der Ernst-Penzoldt-Schule beklagt zu Recht ihre im Vergleich mit anderen Hauptschulen geringere - und daher unzureichende - personelle Ausstattung im Bereich der Schulsozialarbeit: Statt einer ganzen steht dort nur eine halbe Stelle zur Verfügung.

Auch wenn aus Sicht der SPD-Fraktion – wie dies auch in der einstimmigen Resolution des Bayerischen Städtetags vertreten wird – die begleitende sozialpädagogische Betreuung an Schulen Teil des Bildungsauftrags des Staates und damit eindeutige Aufgabe des Freistaates ist, muss die Stadt Erlangen im Interesse der Schülerinnen und Schüler und der Schule insgesamt zum jetzigen Zeitpunkt hier Abhilfe schaffen. Gleichzeitig muss der Druck auf den Freistaat aufrecht erhalten werden, sich nicht länger auf Kosten der Kommunen seiner Verantwortung zu entziehen.

Diesen Handlungsbedarf von Seiten der Stadt versuchte die SPD-Stadtratsfraktion mit einem Antrag an den Schulausschuss zu verdeutlichen:

- Das Thema der Schulsozialarbeit an der Ernst-Penzoldt-Schule wird als Tagesordnungspunkt behandelt; Schulleitung und Elternbeirat werden einbezogen.
- Für die Monate Oktober bis Dezember werden Mittel bereitgestellt, um die Aufstockung um eine halbe Stelle zu ermöglichen.



SPD – Rathausstelegramm

- Der Bedarf für das kommende Jahr wird bei den Haushaltsberatungen berücksichtigt.
- Die Frage der organisatorischen Zuordnung der Schulsozialarbeit zu Schulverwaltungs- bzw. Jugendamt, insbesondere an der Penzoldt-Schule, wird in der nächsten gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfe- und Schulausschuss, die sich grundsätzlich mit der Thematik befassen soll, mitbehandelt.

Wartezeiten im Bürgeramt

Einen weiteren Antrag stellte die SPD-Fraktion zum Thema Wartezeiten im Bürgeramt. Es wurde oftmals beobachtet, dass der Warteraum völlig überfüllt und es so zu teilweise unzumutbar langen Wartezeiten gekommen ist, während gleichzeitig nicht immer alle Beratungsplätze besetzt sind.

Der Antrag zielt darauf ab, Informationen über Auslastung und Personalausstattung des Bürgeramts zu gewinnen. Die Verwaltung soll beauftragt werden, Vorschläge für die Reduzierung der Wartezeiten zu erarbeiten.



Verkehrspolitik: SPD-Fraktion setzt Bürgeranliegen um

Dringendstes Anliegen der SPD-Fraktion ist verkehrspolitisch die Situation an der **Kreuzung Kernbergstraße – Büchenbacher Damm – Steudacher Straße**. Es hat sich gezeigt, dass der **Radweg** dort besonders zu den Hauptverkehrszeiten auch von Autofahrern benutzt wird, die aus Richtung Büchenbach kommen und den Rückstau umgehen wollen, der durch das Stoppschild an der Einmündung der Kernbergstraße auf den Büchenbacher Damm entsteht. Gerade für Kinder auf dem Schulweg ist diese Situation äußerst gefährlich.



Die SPD-Stadtratsfraktion beantragte daher zum Schutz der Radfahrer und Schulkinder, dass die Abbiegemöglichkeit für Autofahrer aus der Kernbergstraße auf den als Radweg genutzten östlichen Teil der Steudacher Straße durch Absperrung unterbunden wird.

Gleichzeitig soll überprüft werden, ob die bestehende Beschilderung im Kreuzungsbereich unbedingt aufrechterhalten werden muss.

Ein zweiter Antrag thematisiert erneut das **Anwohnerparken in der Friedrich-Bauer-Straße**, was bisher von der Stadtverwaltung abgelehnt worden war. Daher regt die SPD neue Vorschläge der Verwaltung an, wie das Anwohnerparken dort realisiert werden kann.

Ebenfalls Thema ist **das fehlende Buswartehäuschen an der Bushaltestelle Doris-Ruppenstein-Straße** (Linie 293), deren Benutzung mit der fortschreitenden Bebauung des Röthelheimparks enorm zugenommen hat. Aus diesem Grund beantragt die SPD-Fraktion dort die Errichtung eines Buswartehäuschens.

Unsere weiteren Anträge:

- Neue Sperrzeitenregelung
- Brandschaden im Jugendclub New Force
- Nachhaltige Bädersonierung

Sollten Sie Interesse an einzelnen Anträgen haben, schauen Sie ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen den Antrag per E-Mail zu. spd@erlangen.de

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon 09131-862225
Fax 09131-862181
Mail spd@erlangen.de
Internet www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathausstelegramm wird erstellt durch die SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redakt. Gestaltung: Ute Plagens, Gary Cunningham